

Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH
Berlin
Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021
Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH (Schwulenberatung Berlin) wurde im Jahr 2007 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin.

Die Beratung und Betreuung Hilfsbedürftiger war, ist und bleibt eine wichtige soziale Aufgabe und Herausforderung für unsere Gesellschaft. In Berlin leistet die Schwulenberatung Berlin auf der Grundlage ihrer Satzung zur Erfüllung der genannten Aufgabe einen entscheidenden Beitrag, wobei die Anforderungen der politischen Verantwortungsträger ebenso von Jahr zu Jahr wachsen wie die Erwartungen betroffener Bürger.

Die Schwulenberatung Berlin hat den mildtätigen Zweck, Hilfsbedürftige im Sinne von § 53 Nr. 1 der AO durch Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bewältigung ihrer psychosozialen Probleme zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für Hilfsbedürftige, die aufgrund ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer bei der Bewältigung ihrer besonderen Probleme angewiesen sind.

Neben dem ideellen Bereich ist eine weitere Tätigkeit das Betreiben und Einrichten von Zweckbetrieben im Sinne der steuerbegünstigten Zwecke der Satzung. Dazu gehören betreute Wohneinrichtungen sowie zuwendungsfinanzierte Beratungsstellen, Bildungsprojekte, Qualifizierung und Präventionsarbeit in Bezug auf HIV, Aids und andere Infektionskrankheiten.

Der Hauptsitz der Schwulenberatung Berlin befindet sich in Charlottenburg-Wilmersdorf mit Büro- und Beratungsräumen. Daneben unterhielt die Gesellschaft im Jahr 2020:

- a. Betreuungsstandorte mit betreuten Wohngemeinschaften in Schöneberg und Prenzlauer Berg,
- b. einen Standort mit vier betreuten Wohngemeinschaften, Büroräumen und einem Beschäftigungsprojekt in Friedrichshain, nahe dem Ostkreuz,
- c. neu dazugekommen ist ein Betreuungsstandort mit zwei betreuten Wohngemeinschaften in Neukölln,
- d. den Standort Wilhelmstraße 115, wo sich eine Beschäftigungstagesstätte, sowie Beratungs- und Büroräume befinden,
- e. eine Flüchtlingsunterkunft mit 122 Plätze in Treptow und
- f. ein Beratungs- und Testprojekt am Hermannplatz in Neukölln.

Die Rechtsgrundlagen für die von uns zu erbringenden Leistungen sind § 78 Sozialgesetzbuch i.V. mit § 113 SGB IX sowie Zuwendungsverträge mit dem Land Berlin, ein Entgeltvertrag für die Flüchtlingsunterkunft mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheit Berlin. Weitere Verträge bestehen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. sowie mit unterschiedlichen Vereinen und Stiftungen, zum Beispiel Aktion Mensch e.V. und Skala-Initiative. Für alle zu erbringenden Leistungen liegen Vergütungsvereinbarungen vor, für die Zuwendungen Bewilligungsbescheide.

2. Entwicklungen in den Leistungsbereichen

Die andauernde Corona-Pandemie hat die Organisation und Durchführung der Arbeit geändert. Die Betreuung der Klient*innen war gewährleistet. Die Beratungen fanden sowohl persönlich als auch telefonisch oder per Zoom statt. Auf die finanzielle Situation der Schwulenberatung Berlin hat dies Dank der Zusage des Landes Berlin, soziale Träger weiter zu unterstützen, im Berichtszeitraum weiterhin keine negativen Auswirkungen.

Die Nachfrage im Bereich Betreutes Wohnen für Menschen mit psychischen, geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen hat auch 2021 zugenommen und ist nach wie vor beträchtlich. Sie lag Ende des Jahres bei 320 Klient*innen. Hierbei ist festzustellen, dass die Schwulenberatung Berlin den notwendigen Betreuungswohnraum zur Verfügung stellen kann, wozu die Erweiterung in Neukölln beigetragen hat.

Die 19 Plätze der Beschäftigungstagesstätte sind gut belegt, dabei spielt das vielseitige Angebot und der für Klient*innen attraktive Standort eine positive Rolle.

Die Flüchtlingsunterkunft ist meist zu 75% ausgelastet. In der Vereinbarung mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) gibt es eine sogenannte Belegausfallvergütung, so dass der Gesellschaft hier keine finanziellen Nachteile entstehen.

Die Suchttherapie, vergütet durch die Krankenkassen, hat im Berichtsjahr einen etwas größeren Raum eingenommen, spielt in der Gesamtbilanz allerdings nur eine untergeordnete Rolle.

Im Zuwendungsprojekt manCheck musste im Vorjahr die Arbeit pandemiebedingt erheblich reduziert werden. Einen Teil der Mitarbeitenden konnten wir aber intern auf andere Stellen umsetzen. Dies hat sich 2021 fortgesetzt.

Die 40 Jahr Feier hat für zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt, was sowohl eine erhöhte Nachfrage von Klienten als auch

eine erhöhte Spendenbereitschaft ergab.

Insgesamt konnten die Einnahme durch die Zuwendungen auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr gehalten werden.

3. Belegungs- und Angebotsentwicklung

Die Gesellschaft hat 310 Plätze und verfügt über neun Wohnungen für betreute Wohngemeinschaften. Die durchschnittliche Hilfebedarfsgruppe hat sich leicht reduziert, da es aber keine fallzahlenmäßige Obergrenze gibt, können mehr Klient*innen betreut werden. Es melden sich nach wie vor viele Klient*innen mit der Bitte um Unterstützung an die Schwulenberatung Berlin.

Die Geschäftsentwicklung der Schwulenberatung Berlin war insgesamt gut.

4. Ertragslage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Schwulenberatung Berlin hat sich im Geschäftsjahr 2021 insgesamt positiv entwickelt.

Das Geschäftsjahr konnte mit einem Jahresüberschuss von 593 TEUR abschließen (Vorjahr: 1.813 TEUR), der in Höhe von 590 TEUR aus dem operativen Geschäft resultiert (Vorjahr: 703 TEUR).

Die Betreuungserlöse konnten auf den Betrag von 7.577 TEUR (Vorjahr: 6.822 TEUR) gesteigert werden. Die Zuwendungen erhöhten sich auf 3.537 TEUR (Vorjahr: 3.468 TEUR). Das Spendenvolumen ist mit 39 TEUR (Vorjahr: 36 TEUR) annähernd gleichgeblieben.

Die übrigen Umsatzerlöse (überwiegend aus Vermietung und sonstigen Zweckbetrieben) erhöhten sich auf 593 TEUR (Vorjahr: 450 TEUR).

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr eine Erbschaft von 3 TEUR erhalten. Im Vorjahr wurde die Gesellschaft mit einer Erbschaft von 1.020 TEUR begünstigt.

Den Erlösen standen ein Personalaufwand von 7.466 TEUR (Vorjahr: 6.633 TEUR) sowie Aufwendungen für Material und Fremdleistungen von 1.502 TEUR (Vorjahr: 1.298 TEUR) gegenüber.

5. Finanzlage

Die Liquiditätslage unseres Unternehmens war im Berichtsjahr gut. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter positiv entwickelt.

Die Gesellschaft verfügt im Berichtsjahr über eine solide Liquiditätslage. Die kurzfristig verfügbaren Mittel betragen zum Abschluss des Berichtsjahres insgesamt 1.987 TEUR (Vorjahr: 943 TEUR).

Die Zahlungsfähigkeit der Schwulenberatung Berlin war während des gesamten Geschäftsjahres jederzeit gewährleistet.

6. Vermögenslage

Das Anlagevermögen vergrößerte sich insbesondere durch das im Bau befindliche Gebäude in Berlin-Schöneberg (Bahnhof Südkreuz) auf 9.877 TEUR (Vorjahr: 6.244 TEUR). Das Eigenkapital hat sich zum 31.12.2021 durch den Jahresüberschuss von 593 TEUR auf 4.997 TEUR erhöht (Vorjahr: 4.403 TEUR).

Die Bilanzsumme der Schwulenberatung Berlin belief sich zum Bilanzstichtag auf 13.343 TEUR. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr (9.217 TEUR) um 44,76 % erhöht.

Im Geschäftsjahr verminderten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 548 TEUR auf 1.191 TEUR.

Die Kapitalstruktur ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von 37,45 % (Vorjahr: 47,77 %) gekennzeichnet.

7. Investitionen

Für die kommenden zwei bis drei Jahre haben wir für den Neubau am Bahnhof Südkreuz Investitionen mit einem Umfang von insgesamt ca. 22.420 TEUR EUR geplant.

Die Investitionsmaßnahmen werden anteilig fremdfinanziert.

In 2021 kam die Zusage von weiteren Stiftungsmitteln von Aktion Mensch in Höhe von 390 TEUR, von SIWA-Mitteln in Höhe von 430 TEUR, sowie von der Skala-Stiftung zusätzliche 60 TEUR.

8. Personal

Im Jahr 2021 wurden im Durchschnitt 52 Personen in Vollzeit und 122 Personen in Teilzeit beschäftigt. Insgesamt ist die Gesamtzahl der Beschäftigten im Verhältnis zum Vorjahr (171) mit 174 Mitarbeitenden nahezu gleich geblieben.

Trotz des schwierigen Stellenmarktes konnten die neu geschaffenen bzw. die zu besetzenden Stellen mit qualifizierten Fachkräften besetzt werden.

Die Aus- und Weiterbildung für Mitarbeiter sichert die fachliche Kompetenz des Personals.

9. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr 2021 und im Vorjahr sehr positiv zu bewerten.

B. Prognosebericht und Risikoabschätzung

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

In den nächsten Jahren werden die Anpassungen im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes Einfluss auf die

Leistungsbereiche haben. Die mit dem Land Berlin erzielte Vereinbarung über eine Erhöhung der Investitionspauschale für die Beschäftigungstätigkeit wird sich insgesamt positiv auswirken.

Durch die Erweiterung am Südkreuz werden wir für weitere 13 Klient*innen Wohnraum schaffen, womit auch eine Zunahme der Einnahmen zu erwarten ist. Ebenso werden durch die Erstellung von 64 Wohnungen weitere Einnahmen ab 2023 erwartet. Da dann ebenfalls zwei Kindertagesstätten für 95 Kinder errichtet werden, werden auch hier höhere Einnahmen erwartet.

Die Einnahmen aus dem Betreuten Wohnen werden leicht steigen. Auch bei den öffentlichen Zuwendungen erwarten wir 2022 einen Anstieg. Die allgemeine Steigerung der Personalkosten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin wird auch bei den Zuwendungen Berücksichtigung finden. Zudem gibt es nach wie vor eine steigende Betreuungsnachfrage. Durch die Einbeziehung lesbischer Frauen in unsere Zielgruppe erwarten wir ebenfalls einen Anstieg der Betreuungsfälle.

In ihrer Planungsrechnung geht die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2022 von einer Steigerung der Betreuungs- und der Mieterlöse sowie der öffentlichen Zuwendungen aus.

Der Bau des Wohn- und Bürohauses am Bahnhof Südkreuz (Lebensort Vielfalt) wurde 2022 fortgeführt. Die Finanzierung des Projekts ist solide abgesichert, ggf. sind zusätzliche Einnahmen aus der Bewilligung von Förderanträgen zu erwarten. Die Baukosten bewegen sich bislang unterhalb der geplanten Kosten. Ob dies so bleibt, ist jedoch noch nicht absehbar und wird auch von der allgemeinen Preisentwicklung der Baubranche beeinflusst werden. Ende Dezember ist der Rohbau zu 50% fertiggestellt. Die Pandemie hat zu Lieferschwierigkeiten für bestimmte Baustoffe und somit zu einer Verteuerung geführt. Insgesamt halten sich die Gesamtkosten jedoch noch im geplanten Rahmen. Die Warteliste für die dort entstehenden Wohnungen ist sehr lang, die Nachfrage übersteigt das Angebot.

Welche langfristigen Auswirkungen die Corona-Pandemie haben wird, ist noch nicht absehbar. Die gesellschaftlichen Entwicklungen werden von uns ständig verfolgt, um eventuell notwendige Maßnahmen schnell ergreifen zu können. Es wird darum weiterhin auf eine Finanzierung aus unterschiedlichen Quellen gesetzt; öffentliche Zuwendungen, Entgelte für Leistungen nach den Sozialgesetzen und Mieterlöse.

Die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH ist für die Realisierung ihrer strategischen Ziele auf qualifizierte Fach- und Führungskräfte angewiesen, so dass die Gewinnung neuer Mitarbeiter*innen bei zunehmenden Fachkräftemangel ein Risiko darstellt.

Berlin, den 07.06.2022
gez. Marcel de Groot, Geschäftsführer

Bilanz		
Aktiva		
	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	9.876.509,17	6.244.417,70
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	30.656,00	29.903,00
II. Sachanlagen	9.697.376,91	6.066.726,89
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.390.195,36	3.390.195,36
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	513.997,00	602.139,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.793.184,55	2.074.392,53
III. Finanzanlagen	148.476,26	147.787,81
1. Ausleihungen an Gesellschafter	28.226,26	27.537,81
2. Sonstige Finanzanlagen	120.250,00	120.250,00
B. Umlaufvermögen	3.456.621,18	2.965.126,07
I. Vorräte	177.440,08	172.060,39
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.292.146,48 89.852,55	1.850.150,77 83.650,72
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.987.034,62	942.914,91
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9.678,98	7.487,54
Aktiva	13.342.809,33	9.217.031,31
Passiva		
	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	4.996.702,25	4.403.383,68
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	100.000,00	100.000,00
III. Gewinnrücklagen	4.871.702,25	4.278.383,68
IV. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	349.139,00	370.830,00
C. Rückstellungen	394.544,26	362.227,87
D. Verbindlichkeiten	7.602.423,82	4.080.589,76
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	6.680.000,00 6.680.000,00	3.000.000,00 3.000.000,00
2. sonstige Verbindlichkeiten davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	922.423,82 869.294,27 53.129,55	1.080.589,76 1.064.925,24 15.664,52
Passiva	13.342.809,33	9.217.031,31
Gewinn- und Verlustrechnung		
	1.1.2021 - 31.12.2021	1.1.2020 - 31.12.2020
	EUR	EUR
1. Rohergebnis	10.793.613,36	10.887.174,18
2. Personalaufwand	7.466.024,83	6.633.278,52
a) Löhne und Gehälter	6.166.480,19	5.456.225,29
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.299.544,64	1.177.053,23

davon für Altersversorgung	2.656,30	2.855,20
3. Abschreibungen	199.463,23	204.623,56
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	199.404,39	199.743,57
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	58,84	4.879,99
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.442.871,45	2.149.214,95
davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	-0,45	
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	689,10	674,46
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92.896,51	86.221,27
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,75	-56,20
8. Ergebnis nach Steuern	593.047,19	1.814.566,54
9. sonstige Steuern	-271,38	1.115,76
10. Jahresüberschuss	593.318,57	1.813.450,78
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen	593.318,57	1.813.450,78
a) Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	593.318,57	1.813.450,78
12. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00

Anhang

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter der Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für mittelgroße Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) gegliedert.

Die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH mit Sitz in Berlin wird im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) unter der Register-Nr. HRB 110342B geführt.

Mit Kaufvertrag vom 29.08.2019 wurde ein Grundstück in Berlin-Schöneberg erworben. Im Kaufvertrag ist eine Bebauungsverpflichtung vereinbart, für die Kosten von ca. 22.422 TEUR veranschlagt werden.

Zur Finanzierung der Baukosten ist neben dem Einsatz von Eigenmitteln die Aufnahme eines Darlehens über 14.920 TEUR geplant. Der Kredit im Zusammenhang mit dem Grundstückskaufvertrag und der Bebauungsverpflichtung ist im Rahmen einer Gesamtbuchgrundschuld in Höhe von 17.920 TEUR dinglich gesichert.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses wurde von der Fortführung des Unternehmens entsprechend § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB ausgegangen. Ein Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Erworbene Software wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

In die Herstellungskosten wurden neben den unmittelbar zurechenbaren Kosten auch notwendige Gemeinkosten einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Grundlage für die Abschreibungsdauer sind die amtlichen AfA-Tabellen für allgemein verwendbare Anlagegüter.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Anschaffungspreis von 250,00 Euro werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe aufwandswirksam berücksichtigt. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungspreis über 250,00 Euro bis 800,00 Euro werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und sofort abgeschrieben.

Unter den Finanzanlagen wurden Beteiligungen zu Anschaffungskosten und Ausleihungen zum Nennwert angesetzt und bewertet.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt.

Forderungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken durch den Ansatz von Wertberichtigungen bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle ungewissen Verbindlichkeiten und erkennbare Risiken gebildet.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten

Die Herstellungskosten beinhalten auch Zinsen für Fremdkapital, soweit dieses der Finanzierung des Herstellungsvorgangs dient. Der einbezogene Zinsaufwand betrifft nur die Dauer der Herstellung.

Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2021 EUR
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	70.096,25	13.842,68	0,00	0,00	83.938,93
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	70.096,25	13.842,68	0,00	0,00	83.938,93
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.390.195,36	0,00	0,00	0,00	3.390.195,36
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.698.663,90	98.172,71	0,00	0,00	1.796.836,61
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.074.392,53	3.718.792,02	0,00	0,00	5.793.184,55
Summe Sachanlagen	7.163.251,79	3.816.964,73	0,00	0,00	10.980.216,52
III. Finanzanlagen					
1. Ausleihungen an Gesellschafter	27.537,81	688,45	0,00	0,00	28.226,26
2. Genossenschaftsanteile	120.250,00	0,00	0,00	0,00	120.250,00
Summe Finanzanlagen	147.787,81	688,45	0,00	0,00	148.476,26
	7.381.135,85	3.831.495,86	0,00	0,00	11.212.631,71
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	40.193,25	13.089,68	0,00	0,00	53.282,93
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	40.193,25	13.089,68	0,00	0,00	53.282,93
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.096.524,90	186.314,71	0,00	0,00	1.282.839,61
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	1.096.524,90	186.314,71	0,00	0,00	1.282.839,61
III. Finanzanlagen					
1. Ausleihungen an Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Genossenschaftsanteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.136.718,15	199.404,39	0,00	0,00	1.336.122,54

	kumulierte Abschreibung 01.01.2021 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2021 EUR
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	40.193,25	13.089,68	0,00	0,00	53.282,93
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	40.193,25	13.089,68	0,00	0,00	53.282,93
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.096.524,90	186.314,71	0,00	0,00	1.282.839,61
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	1.096.524,90	186.314,71	0,00	0,00	1.282.839,61
III. Finanzanlagen					
1. Ausleihungen an Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Genossenschaftsanteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.136.718,15	199.404,39	0,00	0,00	1.336.122,54

	Zuschreibung Geschäftsjahr	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2021	Buchwert Vorjahr 31.12.2020
	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	30.656,00	29.903,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	30.656,00	29.903,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	3.390.195,36	3.390.195,36
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	513.997,00	602.139,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	5.793.184,55	2.074.392,53
Summe Sachanlagen	0,00	9.697.376,91	6.066.726,89
III. Finanzanlagen			
1. Ausleihungen an Gesellschafter	0,00	28.226,26	27.537,81
2. Genossenschaftsanteile	0,00	120.250,00	120.250,00
Summe Finanzanlagen	0,00	148.476,26	147.787,81
	0,00	9.876.509,17	6.244.417,70

Forderungen

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und der sonstigen Vermögensgegenstände 90 TEUR (Vorjahr: 84 TEUR).

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen beinhaltet zweckentsprechend verwendete Fördermittel zur Finanzierung von Anlagevermögen.

Rückstellungen

Für Abrechnungsrisiken wurden 208 TEUR (Vorjahr 177 TEUR) und für Urlaubsansprüche der Mitarbeiter sowie sonstige Personalkosten wurden 162 TEUR (Vorjahr 161 TEUR) zurückgestellt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbetrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 J. TEUR	1 bis 5 J. TEUR	größer 5 J. TEUR
gegenüber Kreditinstituten	6.680,0	0,0	0,0	6.680,0
erhaltene Anzahlungen	397,8	397,8	0,0	0,0
aus Lieferungen und Leistungen	136,2	136,2	0,0	0,0
sonstige Verbindlichkeiten	388,4	335,2	53,2	0,0
Summe	7.602,4	869,2	53,2	6.680,0

Haftungsverhältnisse

Es besteht eine Bürgschaft zu Gunsten des Gesellschafters für dessen Grundschuld in Höhe von 2.258 TEUR. Mit einer Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis ist derzeit nicht zu rechnen, da das verbürgte Darlehen des Gesellschafters dinglich gesichert ist und durch den Schuldner planmäßig zurückgezahlt wird.

Darüber hinaus bestehen nachfolgende sonstige Verpflichtungen:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	Beträge in TEUR		
	bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	> 5 Jahre
aus Mietverträgen	854	3.373	7.634
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	229	896	948

Die laufenden Mietzahlungen erfolgen pünktlich und vollständig.

Für die Absicherung der Ansprüche aus Mietverhältnissen im Rahmen der Kautionsvereinbarungen sowie die Absicherung weiterer Ansprüche aus dem o.g. Grundstückskaufvertrag aus dem Jahr 2019 wurden nachfolgende Kreditverträge für Avalkredite abgeschlossen:

		31.12.2021	Beträge in TEUR 31.12.2020
Avalkredite zur Absicherung der Ansprüche aus			
Mietverhältnis (Kautionsvereinbarung)	2017	36	36
Mietverhältnis (Kautionsvereinbarung)	2019	41	41
Grundstückskaufverträge	2019	760	760
Bauhandwerkersicherheitsleistung	2020	1.700	1.700
	Summe	2.537	2.537

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen	Zahl
Arbeiter	0
Angestellte	173,75
leitende Angestellte	1
Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit	174,75
vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter	52,42
teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter	122,33

Geschäftsführung

Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Marcel de Groot (Master of Social Work).

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung stellt entsprechend des Vorratsbeschlusses der Gesellschafterversammlung den Jahresüberschuss in Höhe von 593 TEUR in die Rücklage ein.

sonstige Berichtsbestandteile

Die Bestätigung des Abschlussprüfers bezieht sich auf den Jahresabschluss in der aufgestellten Form. Die Offenlegung erfolgt verkürzter Form gemäß §§ 325 ff. HGB.

Berlin, den 07.06.2022

gez. Marcel de Groot, Geschäftsführer

Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 06.07.2022 festgestellt.

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und

stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

• beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

• beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

• führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 04.07.2022

Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Holger Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Martina Schmidt
Wirtschaftsprüferin